

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den 1/2 Mark. Bei Abnahme in Vorauszahlung 2 Mk. im Monat, bei Jahreszahlung 20 Mk., bei halbjährlicher Zahlung 10 Mk., bei vierteljährlicher Zahlung 5 Mk. Die Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend erscheinen am Sonntag. Die Abonnementspreise sind für den Ort Wilsdruff und für die Umgegend verschieden. Die Anzeigenpreise sind für den Ort Wilsdruff und für die Umgegend verschieden. Die Anzeigenpreise sind für den Ort Wilsdruff und für die Umgegend verschieden.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 26 — 85. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Sonnabend, 30 Januar 1926

Über den Berg!

Der Passionsweg neudeutscher Regierungsbildungen ist wieder einmal bis zum — bitteren oder süßen Ende, wer möchte das voraussagen? — durchschritten. Dr. Luther und die Seinen haben das Vertrauensvotum, ohne das sie nach der Festsetzung der Reichsverfassung nicht regieren dürfen, erhalten, und wenn nicht alles täuscht, hat auch die Opposition erleichtert aufgetaucht, als erst festgestellt, daß der Reichskanzler die berühmte rote Mappe, in der schon, mit der Unterschrift Hindenburgs versehen, die Auflösungsorder bereit gehalten war, nicht zu öffnen brauchte. Nach einer im ersten Augenblick falsch geratenen Fählung wurde das richtige Resultat festgestellt: das Kabinett bekam das Vertrauen des Parlaments zugesprochen mit 160 Ja-Stimmen gegen 150 Nein-Stimmen, 130 Volksvertreter enthielten sich der Abstimmung.

Ehren- oder schandhalber mußte man sich zur Parliamentswahl stellen, ohne die nun einmal keine neue Regierung zu amtierem beginnen kann. Aber daß sie dies mit Lust und Liebe, mit Feuer und Leidenschaft getan hätten, werden im Ernst doch höchstens die Ultraradikalen von sich behaupten können. Die beiden großen Flügelparteien, die Sozialdemokraten auf der einen, die Deutschen Nationalen auf der anderen Seite, die bei der Kabinettsbildung — aus Grundsatz oder aus Vorsicht, wie man will — draußen geblieben waren, spielten sozusagen nur mit halbem Herzen mit, jenen wie diesen hätte nichts Schlimmeres passieren können, als wenn das von ihnen abgelehnte Ministerium nach überstandener Redekampfung auf der Stredde geblieben wäre. So etwas wird man natürlich nicht sagen, man denkt es höchstens, aber an Aufregung wird es gewiß durch die in Gang gebrachte Agitation für die entscheidungslose Enteiungung der ehemaligen Kabinettsmitglieder nicht fehlen, während es sicher auch genug Abgeordnete gibt, welche die Not des Volkes und der Wirtschaft viel zu schwer und viel zu ernst nehmen, als daß sie eine Reichstagsauflösung unter solchen Verhältnissen hätten herbeiwünschen können.

Die Mehrheitsmehrheit des zweiten Luther-Kabinetts ist gewiß keine sonderlich imponierende Grundlage für ein parlamentarisches Ministerium, aber es ist doch einiges mehr, als die erfahrensten Zahlen- und Rechenkünstler des Reichstages herausgewirtschaftet hätten, und jedenfalls ist es genug, auf daß der neue Kurs nun endlich beginnen kann. Er wird, wie gewöhnlich so wohl auch diesmal, nicht so schön werden, wie die Regierungsparteien singen und sagen, er wird aber auch nicht so düster abgeleiteten Prophezeiungen ausgemalt werden. Schlecht hängt auch nicht alles bloß vom guten oder vom schlechten Willen einer Regierung ab, weder in Deutschland noch anderwärts. Es gibt immer auch noch eine Günst- oder eine Ungünst von Umständen, die von außen hinzukommen und die wahrgenommen sein wollen, so oder so. Es besteht gar kein Anlaß für uns, den mit von vornherein sinken zu lassen oder die Hände in den Schößen zu legen, als könnte es etwas anderes als Unheil schon gar nicht mehr für uns geben auf der Welt. So liegen die Dinge nicht, noch lange nicht.

Wer gern ermutigt sein will nach so vielen Sorgen und Nöten, die wir durchlitten haben, den kann man mit gutem Grund auf den Dezemberausweis unserer Handelsbilanz verweisen, der zum erstenmal seit langen, langen Jahren einen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr aufweist. Daneben steht sich freilich das unheimliche Wachstum der Arbeits- und Erwerbslosigkeit seit Ende der Woche zu Woche mit einer Regelmäßigkeit, die immer wieder von neuem erschreckt, und es an gutem Willen auf allen Seiten nicht nur, sondern auch Zahlenverhältnisse wieder ein anderes Gesicht annehmen. Jedem in der Geschäftswelt hört man vielfach der Überzeugung Ausdruck geben, daß spätestens im März, aller- spätestens im April die Wirtschaft wieder „angekurzelt“ werden wird — wie der rasch modern gewordene forschende Fachausdruck lautet. Von solchen Voraussagen kann man allerdings nicht leben — was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe? Aber sie finden doch in der Tatsache eine gewissermaßen kapitalistische Bestätigung von Tag zu Tag zu nehmen, was gewiß nicht geschehen würde, wenn gar keine Aussicht auf Wiederaufstieg für uns bestünde. Die Durchhalteprediger von einst, als wir noch von waffenstarken Feinden umgeben waren, haben sich auf die Dauer wohl nicht so sehr gemacht, und doch bleibt auch jetzt wieder, schikanen und Dumpingzolltarifen und Handels- und Handelsfreiheit gehemmt werden, nichts anderes übrig, als Geduld und immer wieder Geduld zu predigen — und wenn möglich auch noch ein bißchen Verträglichkeit unter uns deutschen Brüdern und Schwestern.

In Zeiten wie diesen muß man schon mit kleinen Verbesserungsansätzen als Sendboten einer schöneren Zukunft vorliebnehmen. Sind wir auch noch weit davon entfernt, daß die Wege von Hindernissen an unseren Grenzen wieder abgetragen werden, die den Reiseverkehr nun

60000 Mann Besatzung?

Chamberlain bejaht die deutsche Abrüstung.

Köln am 31. Januar frei.
Der englische Außenminister Chamberlain hat Paris wieder verlassen und ist nach London zurückgekehrt. Über seine Verhandlungen mit Briand sind keine offiziellen Kommunikationen ausgegeben worden, so daß lediglich die Auskünfte, die Chamberlain den Pressevertretern gegeben hat, der Öffentlichkeit als Material dienen, was von den beiden Staatsmännern besprochen worden ist. Sehr wichtig für die weiteren Verhandlungen Deutschlands mit den Alliierten ist die Feststellung Chamberlains, daß Deutschland alles getan habe, um seine Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen. Um so erkaunter wird man in Deutschland darüber sein, daß Chamberlain und Briand trotzdem übereingekommen sein sollen, die künftige Besatzung auf 60000 Mann zu belassen, während sie nach Ansicht Deutschlands höchstens nur 40000 Mann betragen dürfte. Wenigstens wird die erste Zahl von dem sonst gut unterrichteten „Daily Telegraph“ genannt, der noch zu berichten weiß, daß sich Chamberlain und Briand trotzdem übereingekommen sind, Deutschland zum Völkerbund beschickigt und auch über eine eventuelle Verschiebung der Abrüstungsfrist gesprochen haben.
Zunehmend wird man vorläufig die vom „Daily Telegraph“ präzis angegebene künftige Besatzungsstärke noch bezweifeln müssen. Die Reichsaussenminister Dr. Stresemann im Reichstag mitgeteilt hat, ist seitens der Völkerbundmächte in Berlin eine Erklärung ausgegangen, daß diese entgegen anderen Nachrichten noch keine endgültigen Beschlüsse über die Stärke der künftigen Besatzungstruppen gefaßt hätten. In der Mitteilung war ferner darauf hinabgewiesen, daß die Truppen auf

das geringste Maß verabgekehrt werden sollten, sobald die Verträge von Locarno in Kraft getreten seien. Daß eine Besatzung von 60000 Mann nicht „das geringste Maß“ darstellen kann, ist von deutscher Seite schon wiederholt betont worden, und es wäre zu hoffen, daß sich der deutsche Standpunkt in dieser Frage endlich auch bei den Alliierten durchsetzen möchte.
Die weitere Mitteilung Stresemanns, daß die Rückmung Kölns am 31. Januar, mitternachts, endgültig bezwungen sein wird, ist in ganz Deutschland, besonders aber in der rheinischen Metropole, mit Genugtuung begrüßt worden. In Köln rüstet man denn auch schon, um die Stunde der Befreiung in würdiger Feier zu begehen.

Befreiungsfeier in Köln.

Glockengeläute um Mitternacht.
Die Nachricht, daß die Kölner Zone am 31. Januar, 12 Uhr nachts, frei wird, hat in Köln allenthalben freudige Überraschung und Begeisterung hervorgerufen. In der Nacht vom Sonntag, 31. Januar, zum Montag, 1. Februar, mitternachts, findet eine große öffentliche Befreiungsfeier auf dem Domplatz statt. Wenn die Mitternachtsstunde schlägt, beginnt die deutsche Glocke am Rhein, die Petrus-Glocke des Domes, zu läuten, und sämtliche Kirchenglocken folgen. Vor dem Hauptportal des Domes hält Oberbürgermeister Dr. A. Dehnauer eine kurze Ansprache an die Bevölkerung. Die Feier wird durch den deutschen Rundfunksender aufgenommen (durch die zurzeit in Köln stattfindende deutsche Kunstausstellung ist diese Möglichkeit gegeben) und an alle deutschen Rundfunkempfänger weitergeleitet. Dr. Dehnauer hat sofort beim Kultusminister den Antrag gestellt, am Montag, 1. Februar, den Schulunterricht ausfallen zu lassen.

wenig mehr als einem Dutzend Jahren hemmen oder unmöglich machen, so haben doch in diesen Tagen die Schweiz wie auch Holland endlich wenigstens die leidigen Dissumvorschriften aufgehoben, womit also die mit diesen Dingen verbundenen vielen Unmöglichkeiten und Kopfschmerzen der Vergangenheit überliefert sind. Auf der anderen Seite freilich — damit wir nicht übermäßig werden! — ziehen sich im Süden wieder neue Gewitterwolken zusammen. Die Italiener haben kein Verständnis dafür, daß uns das Schicksal der deutschen Stammesgenossen jenseits der Brennergrenze ans Herz greift. Schon die bloße Äußerung von Mitleid für diese einer rücksichtslosen Entnationalisierung ausgelegten Deutschen wird von Mussolini und den Seinen als ein unzulässiger Eingriff in italienische Hoheitsrechte hingestellt und neuerdings sogar mit Bedrohungen der im Süden von Italien lebenden reichsdeutschen Kolonisten beantwortet. Wie überhaupt die gesamte öffentliche Meinung des Mussolinilandes sich mit dem sonst allerwärts gepredigten Locarnogestrichterdinas nicht vereinbaren läßt.
Dr. S. H.

Reichsregierung und Presse.

Stimmen zum Vertrauensvotum für das Kabinett.
Die starke Erregung, welche die Entscheidung am Donnerstagabend im Reichstag begleitete, findet ihren Niederschlag in der Parteipresse. Nach Lage der Dinge äußern sich nur wenige Blätter sehr entschieden „für“ und „wider“ das zweite Kabinett Dr. Luthers. Man ist wohl überall der Ansicht, daß trotz des nur mit einigen Stimmen erfolgten Sieges der Regierung diese nicht auf allzu festen Füßen steht, drückt aber die Erwartung aus, daß nunmehr ihre Tätigkeit abzuwarten ist. Wir geben einige charakteristische Stimmen wieder.

Aus der Mitte.

Tägliche Rundschau: „Nach zweitägiger Dauer ist die politische Aussprache zu Ende gegangen. Das Ergebnis ist die Annahme des vom Kabinett geforderten Vertrauensvotums. Mit zehn Stimmen Mehrheit nur — eine größere Mehrheit hat auch Briand bei den letzten Abstimmungen für sein Kabinett oft nicht erreicht.“ — Berliner Tageblatt: „Die Koalition der Mitte wird sich in der ganzen Außenpolitik und, wenn nicht bei allen, so doch bei der überwiegenden Mehrzahl aller innerpolitischen Entscheidungen automatisch zur Großen Koalition erweitern; der gemeinsame Wille, die innerpolitischen Staatsnotwendigkeiten im Geiste der republikanischen Verfassung zu erfüllen, wird diese Bundesgenossenschaft zwangsläufig zur Tat werden lassen.“ — Volksstimme: „Aus dem neutralen Kabinett der Mitte ist eine Regierung der verschleierte Großen Koalition geworden, die nur noch der formellen Bezeichnung nach ein Minderheitskabinett ist, in Wirklichkeit aber der wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokraten auf eine starke Mehrheit rechnen darf.“ — Deutsche Allgemeine Zeitung: „Dieses Kabinett Luthers geht einen Gang, vor dessen Schwierigkeiten jedoch sonst so leicht gesprochene freundliche Worte verhallen müßten. Am ehesten zufrieden mit dem Ergebnis der gestrigen Parlamentsdebatte dürfte die Opposition sein.“

die nun dem Neuwahlgesetz entnommen nicht und der Regierung trotzdem ihre Stärke zu Gemüte geführt hat.“

Von Rechts.

Deutsche Tageszeitung: „Die Regierung hat die Möglichkeit, zu beweisen, daß sie etwas kann, und sie wird den allseitigen Zweifel um so eher beseitigen, je mehr sie mit fruchtbringenden Ideen und wirklicher Tatkraft zu arbeiten versteht. Darauf wird es hinsichtlich ihrer Lebensdauer ankommen.“ — Kreuzzeitung: „Die verkappte Große Koalition strebt nicht zueinander, sondern auseinander. Die Staatskrise ist verlagert, nicht überwunden.“ — Berliner Lokalanzeiger: „Das zweite Kabinett Luthers wird vom Reichstag zwar nicht getragen, doch gerade eben gebildet. Und soll nun arbeiten. Es ist überflüssig, noch einmal zu betonen, wie überaus kümmerlich dabei seine Möglichkeiten sind.“

Von Links.

Vorwärts: „So mag die Regierung der Mitte nun zeigen, was sie will und was sie kann. Es ist leicht möglich, daß es in absehbarer Zeit doch zum Konflikt mit ihr kommt, aber die sozialdemokratische Fraktion ist in der Lage, sich Gelegenheit und Zeitpunkt dazu selber zu wählen. Daß sie nicht unbedingte Krisenpolitik treibt — was ungeheuer einfach ist, aber nicht immer zu den gewünschten Resultaten führt —, hat sie durch ihr Verhalten gezeigt.“

Der Abg. Dr. von Brechmer (Völkisch) verlangte, daß aus Sparmaßregeln diejenigen Beamten abgebaut würden, die nach der Revolution in den Beamtenkörper ohne Anwartschaft auf Beamtenfähigkeit hineingekommen seien.

Finanzminister Dr. Hüpper-Wischoff

wies in einer Erwiderungsrede darauf hin, daß man damit rechnen müsse, daß sich die Wirtschaftskrise bald in den Steuererträgen bemerkbar machen werde. Als Ursache der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit bezeichnete der Minister die durch den Krieg gänzlich zerstörten Handelsbeziehungen. Allerdings sei er froh, daß die Ausfuhr im Jahre 1925 gegenüber 1924 gestiegen sei. Darauf verlegte der Landtag die Weiterausprache auf Sonnabend.

Deutscher Reichstag.

(151. Sitzung.) OB. Berlin, 29. Januar.
Auf der Tagesordnung steht die erste Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Änderung des

Mieterschutzgesetzes

Die Vorlage will die Hemmungen, die jetzt der Aufhebung des Mietverhältnisses entgegenstehen, in vielen Punkten beseitigen. Für Geschäftsräume soll die Bedingung der Zubereitung eines Erfahrungsraumes nur in ganz besonders dringenden Fällen beibehalten werden. Das Gesetz sieht weiter vor, daß bei Verträgen mit kürzeren als vierteljährlichen Zahlungsabschnitten die Aufhebung des Mietverhältnisses bereits dann zulässig ist, wenn der Mietsstand den Betrag einer Monatsmiete übersteigt. Außerdem soll das Mieterschutzgesetz, das sonst am 1. Juli 1926 abläuft, bis 1. Juli 1927 verlängert werden.

Abg. Silbermann (Soz.) bezeichnete die Vorlage als eine schwere Schädigung der Mieterinteressen, die jetzt besonders bedenklich sei, weil die Wohnungsnot heute größer sei, als im Jahre 1923. Ein so wesentlicher Abbau des Mieterschutzes werde keine Volkswirtschaft in schwerster Weise beeinträchtigen. Es bestehe die Gefahr, daß das neue Gesetz von den Vermietern in gewinnstüchtiger Absicht ausgenutzt werde zum Schaden der Mieter. Der Redner erklärte schließlich, daß seine Partei